

FDP Haushaltsrede 2025

Sehr geehrter Herr Stohldreier,

sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Bundesregierung wurde nach einer längeren Phase der Zerstrittenheit und Uneinigkeit beendet. Die Ampel-Koalition ist gescheitert und Geschichte. Zu unterschiedlich waren die politischen Konzepte und Strategien zur Verbesserung der Situation in unserem Land. Sei es in der Wirtschaftspolitik, der Flüchtlingspolitik oder der Weg und das Tempo der Energiewende.

Wir benötigen eine starke und wachsende Wirtschaft als die entscheidende Voraussetzung für die Umsetzung sozialer Vorhaben und effektivem Klimaschutz. Diese Grundregel gilt jeher und ist lange bekannt. Die finanziellen Mittel für die umfangreiche Sozialpolitik wie dem Bürgergeld oder der Flüchtlingshilfe muss zunächst erwirtschaftet werden. Bezahlbare Energiepreise sind insbesondere für unsere Industrienation die Grundlage unseres Erfolgs aber auch für alle Bürger eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Die ersten Folgen dieser verfehlten Wirtschaftspolitik werden durch einen massiven Arbeitsplatzabbau sichtbar. Ob VW, Schäffler, BASF, Bosch, Miele, Continental, ZF, SAP, Ford, ThyssenKrupp, Deutsche Bank und Viele mehr bauen tausende von Arbeitsplätzen ab. Deshalb brauchen wir dringender denn je eine Wirtschaftswende mit bezahlbarer Energie, weniger Bürokratie, geringeren Steuern und den Abbau von Standards in der Sozialpolitik zur Ausgabenreduzierung.

Das Wirtschaftswachstum wird in diesem Jahr 2024 geringe 0,2 % betragen. Für das kommende Jahr 2025 wird mit viel Hoffnung ein Wachstum von lediglich 0,7 % erwartet. Diese Wachstumsraten sind Schlusslicht in Europa und liegen deutlich unterhalb der notwendigen 2 %, die für unsere enormen Sozialausgaben benötigt werden. Die Inflation wird sich erfreulicherweise auf die angestrebte Zielmarke von 2 % im nächsten Jahr bewegen.

Der Wohnungsbau steckt nach wie vor in der Krise. Von der angestrebten Neubauquote von 400T Wohnungen pro Jahr sind wir weit entfernt. In diesem Jahr werden es lediglich 200T Wohnungen sein. Diese Zahl wird in den nächsten Jahren weiter fallen. Ursache für diesen Rückgang sind neben gestiegenen Zinsen insbesondere die steigenden Baukosten durch höhere Energiepreise sowie ein ausufernder Regelungsdschungel bei den Bauvorschriften. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Unsere Baustandards müssen für mehr Wohnungsbau reduziert werden.

Der grausame Ukraine-Krieg dauert schon fast 3 Jahre an. Der russische Diktator Putin führt einen systematischen Vernichtungskrieg mit der Ermordung des ukrainischen Volkes und der vollständigen Zerstörung des kompletten Landes. Dieser Krieg ist mit Diplomatie nicht mehr zu beenden. Die militärische Hilfe aus Europa muss zielgerichteter erfolgen. Dazu gehört unter anderem die sofortige Lieferung von Taurus Marschflugkörpern, damit sich die Ukraine besser

verteidigen und die eigenen Verluste reduzieren kann. Durch den andauernden Ukraine-Krieg reist der Zustrom an Flüchtlingen nicht ab. Unsere Belastungsgrenze ist längst erreicht und überschritten. Weitere Flüchtlingsaufnahmen werden die Gesellschaft überfordern. Darüber hinaus müssen die Flüchtlingszahlen generell massiv gesenkt werden. Deutschland ist Zielland Nr. 1, da es hier die mit Abstand höchsten finanziellen Leistungen für Flüchtlinge gibt. Ob regulär oder illegal im Land. Viele Flüchtlingsländer selbst können diesen Anreiz überhaupt nicht nachvollziehen. Gerade nordafrikanische Länder sorgen dafür, dass insbesondere verurteilte Straftäter den Weg zu uns finden.

Den Verteidigungs- und Existenzkrieg Israels unterstützen wir uneingeschränkt. Die Geschichte hat gezeigt, dass alle diplomatischen Bemühungen in Nahost gescheitert sind. Spätestens nach dem grausamen Angriff der Hamas und den Luftangriffen der Hisbollah ist deren vollständige Zerschlagung und Vernichtung legitim.

Das wir uns weltweit in verrückten Zeiten befinden hat die amerikanische Präsidentenwahl bestätigt. Alle Prognosen durch Trump 2.0 verheißen für Deutschland nichts Gutes. Die Rede ist von Zöllen auf deutsche Produkte über weniger finanzielle und militärische Hilfe im Ukraine-Krieg bis hin zum Austritt der USA aus der NATO. Wir dürfen gespannt bleiben.

Der vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2025 soll mit einem Defizit von knapp 4,5 Mio. € beschlossen werden. Das ist ein nochmaliger Anstieg im Vergleich zu diesem Jahr mit einem Minus von 2,8 Mio. €. Generell ist unser Handlungsspielraum in Bezug auf die kommunalen Ausgaben sehr gering. Nur der kleinste Anteil aller Ausgaben kann tatsächlich durch den Rat bestimmt werden. Viele Kostenpositionen sind gesetzlich vorgeschrieben. Das vorliegende Haushaltsminus ist überwiegend durch die Kreisumlage entstanden. Das Geld, das wir den Bürgern und Unternehmen abnehmen müssen, um es dann an den Kreis abzuführen. Betrag der Hebesatz der Kreisumlage im Jahr 2023 noch 48,9 % mit 11,8 Mio. € Belastung, so soll er im Jahr 2025 bereits 58,6 % mit 15,6 Mio. € betragen. Würde der Hebesatz aus dem Jahr 2023 mit 48,9 % konstant bleiben, so könnte der Haushalt um 2,5 Mio. € entlastet bzw. das Defizit auf 2 Mio. € verringert werden. Aber was macht der Kreis mit dem ganzen Geld? Auch der Kreishaushalt hat übergeordnete Kosten zu tragen, die ihm zugewiesen sind. Darunter fallen z.B. die Kosten für den LWL dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Der LWL-Haushalt umfasst im Jahr 2025 4,65 Mrd. €, wobei der größte Anteil mit 90 % soziale Leistungen sind. Das ist eine Steigerung von 6,2 % zum Vorjahr und damit völlig inakzeptabel. Diese Belastung ist nicht mehr tragbar muss durch die Absenkung von Standards und einem effizienten Sparkurs deutlich reduziert werden. Es kann nicht sein, dass diese übergeordnete Kosten unaufhörlich steigen und dadurch sämtliche kommunalen Haushalte ins Defizit oder sogar in die Haushaltssicherung getrieben werden. Wir brauchen ein

breites Bündnis aller Bürgermeister und Räte, um auf dieses Problem hinzuweisen und eine Ausgabensenkung konsequent einzufordern.

Durch die Grundsteuerreform in Verbindung mit den geplanten Hebesätzen wird es auch hier zu einer Mehrbelastung der Bürger kommen. Obwohl eine aufkommensneutrale Festsetzung der Hebesätze für den Haushalt angestrebt wird, so wird es innerhalb der Grundsteuer A und B zu deutlichen Verschiebungen der individuellen Belastung kommen. Bei der Grundsteuer B werden jüngere Gebäude entlastet und ältere Gebäude belastet. Darüber hinaus wird durch eine einheitliche Grundsteuer B sowohl für Wohn- als auch für Gewerbegrundstücke die Wohnnutzung um ca. 10 % mehr belastet und Gewerbegrundstücke um ca. 34 % entlastet. Es besteht vom Gesetzgeber die kommunale Wahlfreiheit getrennte Hebesätze zu beschließen. Aus Gründen der Steuergerechtigkeit sprechen wir uns für getrennte Hebesätze bei der Grundsteuer B aus. Und zwar 533 % bei Wohngrundstücken und 768 % bei Gewerbegrundstücken. Damit würde die Belastung bei beiden Nutzungsarten gleich hoch bleiben.

Generell enthält der Haushalt 2025 viele richtige und sinnvolle Ausgaben. Jedoch können wir die extrem gestiegene Kreisumlage, das dadurch mit verursachte Defizit sowie eine einheitliche Grundsteuer B nicht mittragen. Aus diesen wesentlichen Gründen lehnen wir den vorliegenden Haushalt ab.

Ich möchte mich im Namen der Freien Demokraten bei allen Mitwirkenden, insbesondere bei Ihnen Herr Bürgermeister und der Verwaltung, für Ihre geleistete Arbeit bedanken.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien besinnliche Weihnachten und einen erfolgreichen Start ins neue Jahr. Bleiben Sie gesund und zuversichtlich.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.